

Respekt vor dem Gesetz

Zu: „Mehr Schutz für Betriebsräte“, FR-Wirtschaft vom 8. März

Wieder und wieder berichten Medien von den Versuchen, dass Arbeitgeber die Gründung von Betriebsräten mal verhindern, mal es wenigstens versuchen. Dabei hilft ihnen Bundeswirtschaftsminister Altmaier. Man sollte endlich respektieren, was Paragraf 1 des Betriebsverfassungsgesetzes ganz eindeutig sagt: „In Betrieben mit in der Regel mindestens fünf ständigen wahlberechtigten Arbeitnehmern (...) werden Betriebsräte gewählt.“ Also nicht: können und dürfen gebildet werden, nur mit Zustimmung des Arbeitgebers und so weiter, sondern „es werden gewählt“.

Eckart Roloff, Bonn

Papst hat sich demontiert

Irak: „Papst betet für Opfer des IS“, FR-Politik vom 8. März

Mitten in einer weltweiten Pandemie begibt sich der Papst auf Reisen. Noch vor kurzem ließ er verlauten, dass ihn Menschen, die in der Corona-Krise verreisen, sehr traurig stimmen. Für mich als Katholik hat er damit seine Glaubwürdigkeit in der Corona-Krise verspielt. Für einen Besuch des Irak zum jetzigen Zeitpunkt gibt es keinerlei Notwendigkeit außer dass der Papst der Enge des Vatikan wahrscheinlich entfliehen will. Daran ändert auch nichts, dass er bereits geimpft ist und wohl niemand anstecken kann. Das Verhalten ist meines Erachtens engstirnig und egoistisch. Eine moralische Instanz mehr, die sich demontiert. Bert Riehl, Wiesbaden

Egoistisches Deutschland

Plastikmüll: „Ab nach Malaysia“, FR-Wirtschaft vom 4. März

Deutschland ist „Europameister“ im Export von Kunststoffabfällen; im letzten Jahr waren es über eine Million Tonnen, die exportiert, sprich abgeladen wurden. Diese „Entsorgungsmethode“ ist die einfachste, gleichzeitig aber auch die egoistische Vorgehensweise, mit der man sich freikauf von seiner Pflicht, sein benutztes Produkt fachgerecht zu entsorgen. Unverständlich ist auch die Tatsache, dass Deutschland nach den Niederlanden rund 148 000 Tonnen Plastikmüll exportiert hat, aus dem gleichen Nachbarland gleichzeitig wieder etwa 100 000 Tonnen Plastikmüll importiert hat. --Global vernetzter Mülltourismus lässt grüßen! Das gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktursystem macht es möglich! EU-Politiker -- wacht endlich auf! Gerd Himmelreich, Glashütten



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210308.

CDU und CSU in unschönen Schlagzeilen

Zu: „Löbel und Nüsslein lassen Masken fallen“, FR-Politik vom 8. März

Mit einem letzten Funken von Anstand

Die Abgeordneten Löbel und Nüsslein lassen als Reaktion auf den öffentlichen und innerparteilichen Druck ihre Ämter ruhen. Nobel, nobel. Ob das in Wahlkampfzeiten ausreicht, um CDU/CSU wieder aus den unschönen Schlagzeilen zu bringen, darf bezweifelt werden. Aber selbst wenn sich die feinen Volksvertreter doch noch einsichtig zeigen und auch Ihre Bundestagsmandate zurückgeben, bleibt für mich eine Frage offen: Was geschieht eigentlich mit den – nennen wir sie vornehm – Provisionen in Höhe von 250 000 respektive 660 000 Euro, die, wie zu lesen war, in den Maskendeal „eingepreist“ waren? Mit einem verbliebenen Funken Anstand sollten die beiden „Demaskierten“ das Geld umgehend ohne persönliche Abzüge einem nachweislich gemeinnützigen Zweck zuführen. Auf diese Nachricht mit Bild der Schecküberreichung werden die eigentlich betrogenen Steuerzahler:innen leider vergeblich warten.

Frank Mörsberger, Bad Nauheim

Die Spitze des Eisbergs

Herr Löbel sagt: „Ich habe diese Entscheidung bezüglich der Masken nicht als Bundestagsabgeordneter getroffen, sondern als Unternehmer.“ Diese Argumentation ist an Unverschämtheit nicht zu überbieten. Es kann nicht sein, dass Abgeordnete, die vom Volk gewählt wurden, ihre persönlichen Interessen über die Volksinteressen stellen. Es stellt sich hiermit die Frage, ob ein Gesetz einzubringen ist, dass Abgeordnete während ihrer Tätigkeit im Bundestag oder in den Landtagen ihre anderweitigen Geschäftstätigkeiten ruhen lassen müssen. Weiterhin sollten bei Verfehlungen oder kriminellen Machenschaften der Abgeordneten, die Mandate sofort niedergelegt, die monatlichen Diätenzahlungen eingestellt und die Altersversorgung gestrichen werden.

Die Verfehlungen der Herren Löbel und Nüsslein sind wahrscheinlich nur die Spitze vom Eisberg unserer Abgeordneten.

Gisela Wilken, Maintal

Volksvertreter agieren für privaten Nutzen

Endlich legen die Protagonisten des neoliberalen Wirtschaftsmodells ihre Masken beiseite. „Marktgerecht“ nennen sie ihre gigantischen Provisionen für Vermittlungsleistungen, die sie im Zuge ihrer normalen Arbeit als Volksvertreter erbracht haben. Wie krank ist ein System, das nach diesen Wertmaßstäben funktioniert? Wie können sich Mitglieder aus Parteien, deren Parteinamen für soziale, christliche Werte stehen, in einer Pandemie, die viele Menschen an den Rand ihrer Existenz bringt, einen derart hohen privaten Nutzen verschaffen?

Wann setzen sich unsere Volksvertreter:innen statt dessen dafür ein, dass unsere Pflegekräfte „sozial gerecht“ entlohnt werden? Ihre Leistungen für die Betreuung und Pflege von Menschen müssen endlich mit einer wertschätzenden Bezahlung und einer Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen gewürdigt werden.

Die Beschäftigten im Gesundheitsbereich leisten einen weiteren Beitrag zum Gemeinwesen. Im Gegensatz zu den Kapitaleinkünften der Maskenvermittler tragen ihre Arbeitseinkommen mit den Sozialabgaben zur Finanzierung unseres Sozialsystems bei. Bei den kommenden Wahlen haben wir die Möglichkeit, Volksvertreter:innen zu wählen, die sich ausdrücklich zu einer sozialen Marktwirtschaft bekennen. Jürgen Bunde, Cölbe

Löbel und Nüsslein sind natürlich nur Einzeltäter

Was haben eine Landwirtschaftspolitik, die mehr Unternehmer schützt denn Verbraucher und die nur vorgibt, ein Interesse am Tierwohl zu haben, ein Lieferkettengesetz, das an entscheidender Stelle versagt, indem es die Zuliefererfirmen, wo häufig Kinderarbeit selbstverständlich ist, ausnimmt, eine

Gesundheitspolitik, die in der Hauptsache aus Show und Ankündigungen besteht, eine Verkehrspolitik, die sich primär an den Interessen der Autoindustrie orientiert, und die weitgehende Undurchschaubarkeit von Abgeordneten-Nebeneinkünften und der Einfluss von Lobbyisten auf Gesetze gemeinsam? Ich könnte noch einige Beispiele mehr anführen.

CDU/CSU stellen die jeweiligen Minister*innen. Und jetzt der Skandal: Löbel und Nüsslein! Die Bürgerinnen und Bürger versuchen unter Aufbietung von Kraft, Sparsamkeit, Frustrationstoleranz und Langmut, durch die Corona-Krise zu kommen, und die Herren machen krumme Geschäfte. Selbstverständlich mutmaßliche Einzeltäter! Aber eine solche Politik gegen den Willen eines Großteils der Menschen in diesem Land macht überheblich und leichtsinnig, und zu viele Gelegenheiten machen bekanntlich Diebe. Es wird Zeit, dass diese letzte, verbliebene sogenannte Volkspartei mal abgewählt wird.

Robert Maxeiner, Frankfurt

Darum also will die CDU kein Lobbyregister

Die harsche Kritik des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Brinkhaus an den beiden Parteifreunden wegen der sogenannten Maskenaffäre erscheint völlig unglaubwürdig. Es ist erstens keine Maskenaffäre, sondern eine veritable Korruptionsaffäre, die halt öffentlich geworden ist. Intern wird er wohl eher die Veröffentlichung bedauern! Und das auch noch im Superwahljahr! Aber was ist mit der 9999-Euro-Spende an Jens Spahn oder die schon vergessene Affäre um Philipp Amthor und die vielen anderen, die nicht an das Licht der Öffentlichkeit gelangten? Und das in der größten Krise – so Brinkhaus! Außerhalb dieser Krise ist das wohl hinnehmbar? So wird Politikverdrossenheit gefördert! Die CDU/CSU weiß sehr genau, weshalb sie ein wirksames Lobbyregister verhindert! Peter Friedl, Darmstadt

Diskussion: frblog.de/wahl21

Nicht mehr ganz unbekannt

Berlinale: „Die Quarantäne-Berlinale“, FR-Feuilleton vom 1. März

Ich kann mich den meisten Punkten von Daniel Kothen-schulte in seinen Beiträgen vom 1. und 3. März zur Berlinale sowie den Aussichten für das Kino anschließen – mit Ausnahme dessen, dass es ein Problem ist, dass die Filme bei dem im Juni vorgesehenen Publikumsfestival für die breite Öffentlichkeit nicht mehr ganz unbekannt sein werden. In der Tat hat der Großteil der breiten Öffentlichkeit – etwa aufgrund räumlicher Entfernung und/oder begrenzter Kapazitäten – nie die Möglichkeit, Filme vorab bei Festivals oder gar den prestigeträchtigen Premieren sehen zu können. Für

sie ist es also der Normalfall, oft viele Monate bis zum regulären Kinostart abwarten zu müssen (beim gefeierten „Systemsprenger“ 2019 beispielsweise von Februar bis September) und somit, dass das Fachpublikum sowie eine Art erweiterte Elite von Filminteressierten sie schon lange vorher gesehen haben. Das ist aber kein Problem. Vielmehr wäre es ein Problem – und ein Armutszeugnis für die Filme – wenn sie nicht mehr von Interesse wären, wenn man sie erst später sehen kann, nachdem man bereits Berichte darüber gelesen oder gesehen hat.

Meike Beier, Heusenstamm

Auf einem guten Weg

Bundestagswahl: „Mehr SPD wagen“, FR-Titel vom 2. März

Diese FR werde ich aufbewahren. Die SPD „wagt“ mit ihrem neuen Programm sozialdemokratische Politik. Sollte sich endlich erfüllen, wofür ich seit 1982 kämpfe? Umverteilung von den Superreichen zu allen anderen, zu den Bedürftigen zuerst? Klimaschutz, der sich am Notwendigen orientiert? Solidarität mit Nicht-Deutschen und ein menschenwürdiger Umgang mit Flüchtlingen? Mit einem Kanzlerkandidaten, der bislang eine gegenteilige Politik verfolgte?

Ich bin 1993 aus der SPD ausgetreten aus Protest gegen die faktische Abschaffung des Asylrechts. Ich bin 2010 aus Bündnis

90/Die Grünen ausgetreten, weil sich niemand aus dieser Partei für die Umverteilungspolitik zu den Reichen unter der rotgrünen Bundesregierung entschuldigt hat. Bis dato bin ich bei jeder Wahl in der Kabine verzweifelt, ob und wo ich mein Kreuz hinsetzen soll.

Das Wahlprogramm der SPD ist auf einem guten Weg. Jetzt muss sich zeigen, wie es umgesetzt wird. Ich traue mich nicht, pessimistisch zu sein. Zu grausam wären die Folgen eines „Weiter so“.

Michael Lübbers, Marienhafen

Diskussion: frblog.de/wahl21